

# GEMEINSAM VERÄNDERN

Beschluss des Juso-Landesvorstandes, 25.09.2012

Der Bundeskongress möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

## **Friedlichen Fortschritt stärken – Zivilklausel bundesweit einführen!**

Die Verpflichtung zu Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung hat für uns Jusos hohe Bedeutung. Sie wird dort verletzt, wo Forschung nicht dem Fortschritt dient, sondern der Rüstung, dem Krieg oder den Profitinteressen jener, die damit Geld verdienen.

Die Jusos unterstützen daher die Bestrebungen der sog. 'Zivilklauselbewegung' für eine dem Frieden dienende Forschung. Sie wirkt an zahlreichen Hochschulstandorten auf die Einführung, den Erhalt oder die Ausweitung einer Selbstverpflichtung zu ziviler Forschung hin. Gleichzeitig kämpft sie für die Verankerung von Zivilklauseln in den Hochschulgesetzen – gegen erhebliche Widerstände aus Wirtschaft und konservativen Kreisen, die dies mit Verweis auf die Wissenschaftsfreiheit ablehnen.

Für uns Jusos steht fest: Forschung ist frei, aber nicht ohne Verantwortung. Wissenschaftliche Einrichtungen arbeiten im Auftrag der Gesellschaft, die ihnen mittels ihrer demokratischen Organe allgemeine Regeln setzt. Bei der Frage, ob die Erkenntnisse der Forschung das Zusammenleben der Menschen erleichtern oder es stattdessen zerstören, darf der Gesetzgeber nicht schweigen. Die Festlegung der Einrichtungen auf zivile Zwecke ist hier die richtige Antwort.

Wir Jusos wissen, dass die Abgrenzung von ziviler und militärisch nutzbarer Forschung nicht immer einfach ist. Uns geht es nicht darum, jede Forschung zu unterbinden, die theoretisch auch militärisch nutzbar sein könnte. Das wäre realitätsfern. Eine gesetzliche Zivilklausel sollte stattdessen eindeutige Rüstungsforschung unterbinden und im Weiteren umgesetzt werden, indem über strittige Dual-Use-Fälle an den jeweiligen Einrichtungen öffentlich diskutiert und entschieden wird. Auf diese Weise können gesellschaftliche Auswirkungen breit analysiert, Absprachen zwischen InteressenvertreterInnen und Einrichtungsleitungen aufgedeckt und die Einhaltung von Veröffentlichungspflichten gewährleistet werden, während die Autonomie der Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewahrt bleibt.

Auf Grundlage dieser Überlegungen setzen sich die Jusos bundesweit für die Einführung einer wie folgt lautenden Zivilklausel als Bestandteil der Aufgaben der Hochschulen sowie eine analoge Regelung für die vom Bund und von den Ländern finanzierten Forschungsinstitute ein:

*Die Hochschulen wirken für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel dürfen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die zivilen Zwecken dienen. Über strittige Fälle ist an den Hochschulen öffentlich zu diskutieren und zu entscheiden.*